

Forderung des dbb zur Einkommensrunde 2008 für Arbeitnehmer von Bund / Kommunen und für Bundesbeamte

Berlin, den 19. Dezember 2007

Leistung anerkennen - Soziale Verantwortung übernehmen

8% müssen es sein – für Arbeitnehmer und Beamte!

Der Öffentliche Dienst hat in den letzten vier Jahren erhebliche reale Einkommensverluste hinnehmen müssen. Die letzte lineare Einkommenserhöhung für die Beschäftigten von Bund und Kommunen stammt aus dem Sommer 2004. Für die Jahre 2005 bis 2007 gab es lediglich Einmalzahlungen. Seither haben Beamte und Arbeitnehmer durch minimale Einkommenszuwächse und zusätzliche Sonderbelastungen einen hohen Beitrag zur Konsolidierung der Finanzen der öffentlichen Haushalte geleistet. Den Preissteigerungen der letzten Jahre wurde an keiner Stelle durch Einkommenszuwächse entgegen gewirkt. Auch muss eine Beteiligung des Öffentlichen Dienstes an der positiven wirtschaftlichen Entwicklung mit höheren Steuereinnahmen erfolgen. Dafür sind die bisherigen Tarifabschlüsse aus dem Bereich der Wirtschaft im Jahre 2007 wegweisend.

Die Beschäftigten von Bund und Kommunen haben sowohl deutlichen Nachholbedarf bei den Einkommen, als auch nach Jahren des Verzichts ein Anrecht auf Teilhabe an der positiven wirtschaftlichen Entwicklung. Darüber hinaus ist insbesondere für die unteren Einkommensgruppen auf Grund der gestiegenen Lebenshaltungskosten ein sozialer Ausgleich zu schaffen. Für das Jahr 2008 bedeutet Gerechtigkeit bei der Forderungsfindung auch, dass dem sozialen Aspekt eine besondere Bedeutung zukommen muss.

Für alle Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes – Arbeitnehmer von Bund und Kommunen, Bundesbeamte und Versorgungsempfänger – ist demnach eine spürbare Erhöhung der Einkommen unerlässlich. Deshalb fordert der dbb für die Einkommensrunde 2008:

- Eine lineare Erhöhung der Einkommen von 8 Prozent, bei einer tariflichen Laufzeit von zwölf Monaten.
- Mindestens einen Betrag von 200 Euro pro Monat